

Mosbach, den 28. Okt. 1980

I. Der Bebauungsplan der Gemeinde Haßmersheim für das Baugebiet

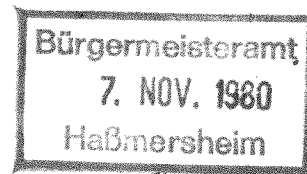
"Oberer Höhweg"

Gemarkung Hochhausen

wird gem. § 11 BBauG i.d.F. vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256),  
geü. durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) i.V. mit § 1 der  
Zweiten VO der Landesregierung zur Durchführung des BBauG vom 18.  
Dezember 1979 (GBl. 1980 S. 42) unter ~~der~~<sup>XX</sup>/den in der Anlage aufgeführten  
Auflage(n) g e n e h m i g t.

II. An das  
Bürgermeisteramt.....

6954 Haßmersheim



unter Anschluß der mit dem Genehmigungsvermerk versehenen 1. BBauPl-  
Fertigung und den gemeindlichen Verfahrensakten. Auf die dortige Ge-  
nehmigungsvorlage -hier eingegangen am 7. Aug. 1980 - wird Bezug  
genommen.

Die 2. Fertigung des BBauPl wurde an die zuständige Baurechtsbehörde  
abgegeben. Die 3. Fertigung haben wir zu den hiesigen Akten genommen.

Der genehmigte Bebauungsplan ~~xxxxxxx den § 9 BBauG~~ besteht aus  
zeichnerischen sowie schriftlichen Festsetzungen nach § 9 BBauG  
.....

.....  
.....

und genügt den Mindestfestsetzungen des § 30 BBauG. Ihm ist weiter  
eine Begründung nach § 9 Abs. 8 BBauG beigelegt.

Der genehmigte Bebauungsplan wird gem. § 12 BBauG mit der ortsüblichen Bekanntmachung rechtsverbindlich. Er ist mit der Bebauungsplan-Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten und über seinen bzw. deren Inhalt ist auf Verlangen stets Auskunft zu erteilen. In der ortsüblichen Bekanntmachung ist desweiteren anzugeben, bei welcher Stelle der genehmigte Bebauungsplan während der allgemeinen Dienststunden eingesehen werden kann.

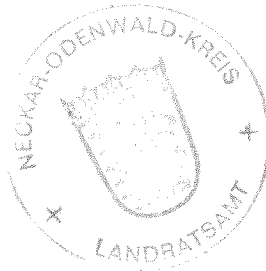
Bei der Bekanntmachung der Bebauungsplan-Genehmigung ist gem. § 155 a BBauG ausdrücklich auf die 1-jährige Ausschlußfrist für die Geltendmachung von Verfahrens- oder Formvorschriftsverletzungen und die Rechtsfolgen hinzuweisen. Gleichzeitig ist außerdem noch auf den § 44 c Abs. 1 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 2 BBauG besonders aufmerksam zu machen.

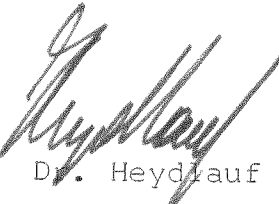
Der ordnungsgemäße Vollzug der ortsüblichen Bekanntmachung ist in urkundlicher Form (Unterschrift und Dienststempel) hierher nachzuweisen. Die nachgenannten Träger der öffentlichen Belange sowie Private sind von der Genehmigung und der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes von dort in Kenntnis zu setzen:

Straßenbauamt	Badenwerk
Wasserwirtschaftsamt	Kath. Kirchenvertretung
Gesundheitsamt	Ev. Kirchenvertretung
Landwirtschaftsamt	Regionalverband
Flurbereinigungsamt	Vermessungsamt
Kreisbeauftragter f. Naturschutz u. Land- schaftspflege	Fernmeldeamt
Polizei-Kommissariat	Gemeindeverwaltungsverband
Gewerbeaufsichtsamt	Forstamt
Staatl. Hochbauamt	<del>Kommunalschaftsamt</del>
Notariat	Wasser- u. Schiffahrtsamt
.....	Wehrbereichsverwaltung
Industrie- u. Handelskammer	Wilhelm Binkele
.....	.....
Geolog. Landesamt	Helmut Weber
.....	.....
Landesdenkmalamt, Karlsruhe	Karl Weber
.....	.....

Mit der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes tritt eine für dieses Gebiet evtl. bestehende Veränderungssperre außer Kraft ( § 17 Abs. 5 BBauG ).

Aufgrund gegebener persönlicher Gebührenfreiheit ( § 6 Abs. 1 Ziffer 4 LGebG ) ergeht diese Entscheidung gebührenfrei.



  
Dr. Heydrauf

Auflage(n) zum Genehmigungsbescheid des Bebauungsplanes

" Oberer Höhweg "

Vor der ortsüblichen Bekanntmachung des genehmigten Bebauungsplanes ist ~~nachstehender~~ nachstehenden Auflage(n) noch Rechnung zu tragen:

1. Die Ziffer 3.1 der schriftlichen Festsetzungen ist folgendermaßen umzuformulieren:  
"Im Baugebiet ist die offene Bauweise nach § 22 Abs. 2 BauNVO festgesetzt; es sind nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig."
2. Die Ziffer 4.1 der schriftlichen Festsetzungen ist wie folgt abzufassen:  
"Garagen und überdachte Stellplätze sind außer in den überbaubaren Grundstücksflächen auch in den hierfür gesondert ausgewiesenen Flächen (s. Anlage Nr. 4) zulässig."
3. Die Ziffer 6.1 der schriftlichen Festsetzungen hat, da nicht im Bebauungsplan-Lageplan enthalten, ersatzlos zu entfallen. Die Ziffer 6 ist in diesem Zusammenhang umzuformulieren bzw. hat eine neue (zutreffende) Bezeichnung zu erhalten. Die derzeitige Ziffer 6.2 wird außerdem Ziffer 6.1.
4. In der Bebauungsplan-Satzung ist der versehentlich unzutreffend angegebene Ortsteil "Haßmersheim" durch die richtige Ortsteilangabe "Hochhausen" zu ersetzen.

H i n w e i s : Das Maß der baulichen Nutzung "I + H" (Zahl der Vollgeschosse) ist im Bebauungsplan-Lageplan nicht festgesetzt, weshalb dieser Festsetzungsteil aus der Ziffer 2.2 der schriftlichen Festsetzungen entfernt werden sollte.



DS

Mosbach, den 28. Okt. 1980